

Ersteinst
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz)
Preis
Halbjährliche Abnahme
Gottingen-Garich.
Verfrachtungen
franco gegen Franco.
Gewöhnliche Briefe
nach der Schweiz kosten
Doppelporto.

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.

Abonnements
werden bei allen Schweißereien
Vollzahlung, sowie beim Verlag
und besten bekannten Agenten
entgegengenommen und zwar zum
voraus zahlbaren
Bierteljahrespreis von:
Fr. 2.— für die Schweiz (Kreuzthaler)
Fr. 3.— für Deutschland (Gulden)
Fr. 1. 70 für Oesterreich (Gulden)
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des
Weltpostvereins (Kreuzthaler)

Inserte
Die dreispaltige Zeitschrift
25 Cts. — 20 Pfg.

N. 18.

Donnerstag, 26. April.

1883.

Lesen zu die Inserenten und Korrespondenten des „Sozialdemokrat“.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, begnügt sich, und die dortigen
Verleger alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erleichtern, resp. Briefe von dort an uns
und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzusenden, so ist die äußerste Vorsicht im Postverkehr notwendig und
darf keine Rücksichtslosigkeit verübt werden, die Briefmarken über den Namen des Absenders und Empfänger, sowie den Inhalt
der Sendungen zu tilgen, und letztere dadurch zu schützen. Hauptverbreiter ist hierzu einerseits, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst adressieren, sondern sich möglichst an irgend eine un-
erwünschte Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß
auch und möglichst unersüßliche Zuständigkeiten mitgeteilt werden. In zweifelsfällen halten wir uns möglichst für den größten
Sicherheits-Ratsmandat. Somit an uns liegt, werden wir gewiß weiter Mäße noch setzen können, um trotz aller entgegen-
stehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Parteienossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Verstaatlichung.

Verstaatlichung: das ist die Zauberformel des Junker- und
Polizei-Sozialismus, der sich heuchlerischer und verlogener Weise
„Staatssozialismus“ nennt. „Alles muß verstaatlicht werden!“
fordert Professor Wagner, der „wissenschaftliche“ Fanulus des
un- und antiwissenschaftlichen Faust-Bismarck.

„Verstaatlichung!“ Ein recht hübsches Wort! Freilich von
Herrn Wagner nicht erfunden, der überhaupt nichts erfunden hat,
nicht einmal das Pulver. Ein hübsches Wort! Hinter dem
hübschen Wort steckt aber auch ein hübscher Sinn.

Bismarck braucht Geld für seinen Militär-, Spindel- und
Junkerstaat, und da der regelmäßige Steuerquell versiecht,
so will Bismarck der Bourgeoisie in das Handwerk pfuschen,
Ihr die wirtschaftliche Ausbeutung theilweise aus der
Hand nehmen und dem „Staat“, das heißt der Regierung Bis-
marck's, in die Hand spielen.

Das Versicherungswesen bringt einer Anzahl von Bour-
geois Millionen über Millionen ein; gut! „Verstaatlichen“ wir
das Versicherungswesen, und die Millionen, welche eine Anzahl
von Bourgeois jetzt in die Tasche steckt, wandern in die Tasche
des Staats — denkt Junker Bismarck.

Die Privat-Eisenbahnen bringen einer Anzahl von Bour-
geois Millionen über Millionen ein — „verstaatlichen“ wir
die sämtlichen Privateisenbahnen, und diese Millionen über
Millionen wandern, statt in die Taschen einer Anzahl von
Bourgeois, in die Taschen des Staats, meines Staats, also
meiner Staatskassen — denkt Junker Bismarck.

Die Tabakindustrie bringt heute einer Anzahl von Bour-
geois Millionen über Millionen ein — gut! „verstaatlichen“
wir die Tabakindustrie, führen wir das „Tabakmonopol“ ein,
und die Millionen über Millionen wandern in die Taschen des
Staats statt der Bourgeoisie — denkt Junker Bismarck.

Und dasselbe denkt er noch von verschiedenen anderen Industrie-
und Erwerbszweigen.

Ein neuer Gedanke, wie schon gesagt, ist es nicht, wie denn
überhaupt Junker Bismarck, trotz aller Genialität, noch nie
einen neuen Gedanken gehabt, wohl aber viele alte neu ver-
ballhornt hat.

Daß die Bourgeoisie die Verstaatlichungspläne Bismarck's mit
nicht sehr vergnügten Blicken anschaut, daß ihre Heißsporne sie
sogar als „sozialistisch“ verschreien, ist kein Wunder. Wo ist
ein Räuber, der gern und willig einen Theil seines Raubes
herausgäbe? Indes Viele haben doch eine Ahnung der Wahr-
heit, und hier und da merkt die Bourgeoisie sogar, daß ihr die
„Verstaatlichung“ unter Umständen ganz nützlich sein kann. So
befürwortet z. B. die „Times“, das Hauptorgan der eng-
lischen Bourgeoisie — der entwickeltesten der Welt — die „Ver-
staatlichung“ der Eisenbahnen. Und zwar aus dem einfachen
Grund, weil die industrielle und kommerzielle Bourgeoisie ein
Interesse hat, sich von der Ausbeutung und Diktatur der Bour-
geoisgesellschaften zu emanzipieren. Die famose Diebstahlregel von
der Ehrlichkeit unter Dieben gilt nämlich nicht für die Herren
Bourgeois, die mit Wollust einander ausbeuten und bemogeln.

Deshalb unterstützt auch ganz besonders der profitwüthigste
Theil der Bourgeoisie, die Börse, in allen Ländern die Ver-
staatlichungsprojekte, soweit es dabei etwas zu „verdienen“
gibt. Und es gibt dabei zu verdienen, das hat sich gerade in
Preußen, dem Musterstaat, gezeigt. An der Verstaatlichung
der Bergisch-Märkischen Bahn allein soll die Börse an 30 Mill.
Mark „verdienen“ haben. Deshalb sollen die Bleichröder,
die Hecker, die von Born u. eine so günstige Gelegenheit,
Kapital anzuhäufen und dadurch, wie die „Provinzialkorrespon-
denz“ so schön sagt, den Kulturfortschritt zu fördern, sich en-
gehen lassen? Heutzutage gelten alle Vortheile, und den Letzten
beißt die Hund.

Die Letzten, das sind natürlich stets die Arbeiter. An ihnen
schindet der heutige „christliche“ Staat die Millionen wieder
heraus, die er der „jüdischen“ Börse, damit sie ihm Liebes-
dienste erweise, zu viel in den Taschen geworfen. Wir werden
schon in nächster Zeit ein uns direkt aus den Kreisen der
solchermaßen beglückten Arbeiter zugegangenes Schriftstück ver-
öffentlichen, aus dem hervorgeht, daß diese es sind, auf deren Kosten
der Nachweis geliefert wird, daß der Staat „ebenso vortheilhaft
wirtschaftet“, das heißt ebenfogut Profit zu machen versteht, als
die Privatindustrie.

Gerade diese letztere Thatsache ist uns aber der Beweis, daß
die Verstaatlichung von Seiten des Ausbeutersstaates nichts weniger
als sozialistisch ist.
Sie ist auch nicht einmal Vorarbeit für den Sozialismus.
Die Konzentration der Produktions- und Verkehrsmittel vollzieht

sich auch ohne sie in der modernen Gesellschaft, und zwar in
ebenso schneller wie durchaus revolutionärer und revolutionirender
Weise.

Um so komischer ist es daher, daß es auch außerhalb der
Reichen der Bourgeoisie sonderbare Käuze gibt, welche die „Ver-
staatlichung“ des Hrn. Bismarck-Wagner für „sozialistisch“ halten.
Gewiß: „Verstaatlichung“ kann sozialistisch sein; und wenn
wirkliche Sozialisten in Deutschland das Ruder in Händen hätten,
würden sie unzweifelhaft die Eisenbahnen, das Versicherungswesen,
die Tabakindustrie und vieles Andere „verstaatlichen“, d. i.
zum Eigenthum der Gesamtheit machen und in gesellschaftlichen
Betrieb nehmen. Allein eine sozialistische Regierung und
die Regierung des Fürsten Bismarck sind himmelweit ver-
schiedene Dinge und haben himmelweit verschiedene Ziele. Und
da liegt der Hase im Pfeffer. Auf's Ziel kommt es an;
nicht auf das Mittel. Und die „Verstaatlichung“ ist nur
Mittel, nicht Ziel und Zweck. Dies verkennen, und Ziel und
Mittel verwechseln diejenigen, welche in der „Verstaatlichung“
(einschließlich des Tabakmonopols) einen „sozialistischen Ge-
danken und „sozialistisches Wesen“ erblicken.

Was ist Sozialismus? Die der Name besagt, die Organi-
sation der menschlichen Gesellschaft im Interesse der Ge-
sellschaft als Ganzes, und der einzelnen, die Ge-
sellschaft bildenden Individuen.

Was aber will Bismarck? Weder das Interesse der Ge-
sellschaft als Ganzes, noch das der einzelnen Gesellschafts-
glieder, sondern einfach das Interesse einer Clique, zu der er
selber gehört; und die entschieden gemeinschädlich ist.

Im Interesse dieser Clique, zu der gleichfalls ein Theil der
Bourgeoisie, und zwar gerade die Hauptausbeuter, die
Stumm, die Kardorff, die Mirbach u. s. w. gehören, will er die
Nerven des wirtschaftlichen Lebens, Verkehrsmittel, Kredit- und
Versicherungswesen in seine Hand konzentriren, damit er und
seine Nachfolger gemeinsam mit der jeweilig herrschenden Clique
unbeschränkt regieren können, eine Armee von Staatsklab-
beamteten und Arbeitern, sowie Einnahmequellen, aus denen man
das Geld nach Belieben nimmt, wenn man es braucht, zur un-
beschränkten Verfügung.

Während eine sozialistische Regierung zu Gunsten der
Gesamtheit, der Gesellschaft als Ganzes, „verstaatlichen“
würde, will Bismarck zu Gunsten der kleinen, gemein-
schädlichen Clique, zu der er selber gehört, „verstaatlichen“.

Mit Einem Wort: die Verstaatlichung zu Gunsten der Ge-
samtheit, des Gesellschaftsganzen ist sozialistisch; die
von Bismarck erstrebte „Verstaatlichung“ zu Gunsten der
Gesellschaftsparasiten, und der von ihnen und zu ihrem Vor-
theil geschaffenen Staats- und Gesellschaftseinrichtungen ist durch
und durch gemeinschädlich und reaktionär.

Kongress der deutschen Sozialdemokratie.

Abgehalten in Kopenhagen
vom 29. März bis 2. April 1883.
(Schluß.)

Sechste Sitzung am 1. April,
Morgens 9 Uhr.

Die am vorhergehenden Tage auf 8 Uhr anberaumte Sitzung
konnte erst um 9 Uhr eröffnet werden. Einmal hatte das
Bankett der dänischen Parteifreunde die Vertreter beider Nationen
in brüderlichem Meinungsaustausch ungewöhnlich lange bei-
sammen gehalten, dann waren am frühen Morgen Abgesandte
der dänischen Polizei in allen Hotels, wo Deutsche logirten,
erschienen, um sich deren Legitimationen auszubitten und über
den Zweck ihres Aufenthaltes zu unterrichten. Es muß kon-
statirt werden, daß die dänischen Polizeibeamten hierbei mit
großer Höflichkeit zu Werke gingen, obgleich sie bei ihren Fest-
stellungen entdeckten, daß die meisten Delegirten sich unter
fremden Namen eingetragen hatten, um nicht von vornherein
das Mißtrauen der Polizei zu wecken. Nachdem diese Infor-
mationen stattgefunden, hatten sich die Polizeibeamten wieder
entfernt. Die Delegirten eilten jetzt nach dem Versammlungs-
lokal, wo sie erfuhren, daß das gleiche Schicksal Alle betroffen
habe. Nach allem, was man über den Vorfall weiter ver-
nahm, darf angenommen werden, daß das Bankett und der
dort stattgehabte Meinungsaustausch mit den dänischen Partei-
genossen, der von irgend einem unberufenen Hörer der Polizei ge-
treulich berichtet ward, nach oben stark verschupst hatte. Ebenso
die Nachricht, daß einer unserer Abgeordneten in einem Verein
dänischer Studenten einen Vortrag halten sollte.

Nach kurzer Erörterung dieser Vorfälle trat man in die
Tagesordnung ein.

Von den angegriffenen Abgeordneten wird ausgeführt, daß
eine Prinzipienfrage in der Partei und in der Fraktion
nicht bestände. Wenn einzelne Abgeordnete sich von anderen
durch wägbare Ausdrücke unterscheiden, so könne man denselben

daraus keinen Vorwurf machen. Die Arbeitermasse müsse
politisch und ökonomisch geschult werden, ganz wie es in den
früheren Jahren geschehen, dadurch hätte die Bewegung außer-
ordentlichen Aufschwung genommen. Jedenfalls seien die Be-
schuldigungen, als hätten einige Abgeordnete nicht im Interesse
der Sozialdemokratie gewirkt, nicht berechtigt. Meinungs-
differenzen seien allerdings vorhanden, aber diese wären taf-
fischer Natur und berührten das Programm nicht im Mindesten.
In Bezug auf angebliche prinzipielle Differenzen sei Keinem
ein Vorwurf zu machen.

Dieses wird denn auch im weiteren Verlauf zugegeben und
die Ueberzeugung ausgesprochen, daß Jeder nach Kräften für
die weitere Ausbreitung der Sozialdemokratie wirken werde.

Betreffs des „Sozialdemokrat“ wird von sämtlichen Dele-
girten, welche das Wort ergreifen, erklärt, daß sie und ihre
Mandatgeber im Ganzen mit der Haltung des Organs ein-
verstanden seien. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, daß
das Blatt die Reden der Abgeordneten nicht in der aus-
gedehnten Weise bringen solle, dadurch verlor die Steno-
gramme an Interesse; ferner wünsche man, daß Fremd- und
Schimpfwörter möglichst zu vermeiden seien, ebenso sei auch
die größte Vorsicht bei Aufnahme von Korrespondenzen zu be-
obachten. Sechs in diesem Sinn gehaltene Anträge und Reso-
lutionen wurden auf Vorschlag des Bureaus von dem Kon-
grefs der Redaktion des „Sozialdemokrat“ zur Berücksichtigung
empfohlen.

Hierauf wird die von den Delegirten der sächsischen Wahl-
kreise XV. XVI. XVII. XIX. und XXI. beantragte Reso-
lution:

„Der Kongress spricht sich entschieden gegen
jederlei Nachgiebigkeit gegenüber den uns
verfolgenden herrschenden Klassen, sowie
gegen jede auf die Rücksicht der Behörden
spekulirende Rücksichtnahme aus und fordert
ein rücksichtsloses Vorgehen der Partei;
„Der Kongress erklärt sich mit der Ge-
sammtleitung des Parteiorgans einver-
standen“

zur Abstimmung gebracht und einstimmig angenommen.

Der Delegirte der Pariser Mitgliedschaft, welcher durch
Annahme des Schlusses der Debatte verhindert wurde, das
Wort zu ergreifen, gibt unter Zustimmung des Kongresses
Folgendes zu Protokoll:

„Die Sozialisten deutscher Zunge in Paris stehen
zwar nach wie vor noch auf dem von ihnen in ihrer
Resolution (s. „Soz.“ 1882 Nr. 5) entwickelten Grund-
sätzen, erachten aber die Angelegenheit durch die seit-
herige Haltung der in der Resolution angegriffenen Ab-
geordneten und besonders durch die von dem Abgeord-
neten Hasenclaver auf dem Kongress abgegebenen Er-
klärungen für erledigt.“

Hiermit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Schluß Nachmittags 2 Uhr.

Siebente Sitzung am 1. April,
Nachmittags 3 Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung theilt der Vorsitzende mit,
daß der Polizeichef von Kopenhagen einem der Abgeordneten den
Wunsch ausgesprochen habe, die Delegirten möchten sobald als
möglich die Stadt verlassen. (Große Heiterkeit.) Als höfliche
Leute sollten wir diesem Wunsche Rechnung tragen, und so er-
warte er, daß, namentlich da ohnehin viele Delegirten schon
heute Abend abreisen gezwungen seien, Jeder sich kurz fasse
und der Schluß der Verhandlungen bis Abends 6 Uhr möglich
werde. Nach kurzer Debatte stimmt die Versammlung dem bei.

6. Punkt der Tagesordnung: Bericht über den Stand
des „Sozialdemokrat.“

Der Vertreter des „Sozialdemokrat“ erstattet genau detaillirten
Bericht über Stand und Verbreitung desselben. Wie bereits im
Organ des Wiederholten mitgeteilt, dürfte man mit dem bisher
Erreichten wohl zufrieden sein. Zwar sei die Verbreitung nicht
überall eine gleichmäßig günstige und gäbe es noch immer eine
Anzahl von Orten, deren Abonnentenstand mit dem der früher
in Deutschland erschienenen Parteiorgane in argem Mißverhältnis
stehe; indes sei doch ein so erheblicher Zuwachs zu konstatiren,
daß nicht nur das Organ seine Kosten decke, sondern bereits
anfange, die früher gemachten Vorschüsse zurückzuführen. Leider
seien noch manche Orte mit der Bezahlung der Abonnements-
gelber im Rückstande, was allerdings zum größten Theile auf
Schädigung durch Polizeimaßregeln zurückzuführen sei.

Referent gibt ferner ein Bild von der Art und Weise, wie
für die Förderung der Verbreitung von Seiten der Expedition
gesorgt wird. Durch Hand-in-Hand-Arbeiten dieser mit den Ge-
nossen in Deutschland, deren Eifer im Großen und Ganzen nicht
genug gerühmt werden könne, sei es möglich geworden, daß der

Abonnementstand in Deutschland heute mehr als viermal so hoch sei wie zur Zeit des Wpender Kongresses.

Ein Redner bestätigt, daß der gegebene Bericht mit den Büchern des Geschäftes, die in entsprechenden Zwischenräumen revidiert würden, übereinstimme.

Man rügt die Höhe der Rückstände und erwartet, daß jeder Parteigenosse dafür Sorge, daß dieselben vollständig beseitigt würden. Den Wünschen auf Ermäßigung des Preises könne nicht entsprochen werden, da sonst ein Defizit entstehen würde; man solle nicht vergessen, daß mit der wachsenden Verbreitung auch die Kosten und Gefahren derselben wachsen. Wo es möglich sei, werde die Administration des Blattes, der man in dieser Hinsicht freie Hand lassen müsse, selbst Ermäßigungen eintreten lassen.

Verschiedene Redner konstatieren, daß seit Aufstellung des verlesenen Berichtes sich in ihrer Heimath der Abonnementstand wiederum erheblich gehoben habe. Andere erklären die Ursache der Rückstände an ihren Orten.

Nach Kenntnisaufnahme des Berichtes und Erledigung der kurzen Debatte geht man zum 7. Punkt der Tagesordnung über: Stellung der deutschen Sozialdemokratie zur Sozialreform.

Einmütig kommt man überein, in Rücksicht auf die kurz zugemessene Zeit von Entgegennahme eines Referates und von einer Debatte abzustehen.

Von mehreren Seiten hat man sich über folgende Resolution geeinigt, die zur Abstimmung kommt und einstimmig angenommen wird:

„Der Kongress erklärt, daß er in Bezug auf die sogenannte Sozialreform im deutschen Reiche weder an die ethischen Absichten noch an die Fähigkeit der herrschenden Klassen nach deren bisherigem Verhalten glaubt, sondern der Ueberzeugung ist, daß die sogenannte Sozialreform nur als taktisches Mittel benützt wird, um die Arbeiter vom wahren Wege abzulenken.“

„Der Kongress hält es aber für die Pflicht der Partei, resp. deren Vertreter in den Parlamenten, bei allen auf die ökonomische Lage des Volkes gerichteten Vorschlägen, gleichviel welchen Motiven sie entspringen, die Interessen der Arbeiterklasse energisch wahrzunehmen, selbstverständlich ohne dabei auch nur einen Augenblick auf die Gesamtheit der sozialistischen Forderungen zu verzichten.“

Hierauf wird zum nächstfolgenden Gegenstand der Tagesordnung: Bericht über die Thätigkeit der Reichstagsabgeordneten folgende Resolution eingebracht und ohne Debatte angenommen:

„In Erwägung, daß der Kongress in seinen Verhandlungen und Debatten genugsam die Thätigkeit unserer Abgeordneten berührt hat, beschließt derselbe, auf eine Berichterstattung hierüber zu verzichten.“

Ebenso findet ein weiterer Antrag ohne Debatte Zustimmung welcher lautet:

„Die Gesamthaltung der Reichstagsabgeordneten unserer Partei entspricht dem Programm der Partei, weshalb der Kongress mit denselben sich einverstanden erklärt.“

Die weiteren noch unerledigten Anträge werden der Parteivertretung soweit als möglich zur Erledigung und Berücksichtigung überwiesen.

Der Delegirte des „Sozialdemokrat“ theilt dem Kongress den Inhalt der von russischen Sozialisten in Zürich und Genf an den Kongress gerichteten Adresse mit, desgleichen berichtet der Delegirte aus Paris über die Adresse des Nationalkomites der sozialistisch-revolutionären Arbeiterpartei Frankreichs und beantragte die Verantwortung derselben durch die Parteivertretung.

Nach einer kurzen Debatte über die Frage, in welcher Weise der Kongress das Andenken von Marx am besten ehren könne, wurde beschlossen, daß die Parteivertretung mit Friedrich Engels und der Familie von Marx, sowie den Vertretern der ausländischen sozialistischen Parteien in Verbindung treten solle, um das Andenken der Verstorbenen in einer seiner Bedeutung und seiner Denkwürdigkeit würdigen Weise zu ehren.

Damit waren die Verhandlungsgegenstände erledigt.

Der Vorsitzende nahm das Schlusswort, um zunächst den dänischen Parteifreunden und speziell dem Vorstand des „Forbund“ den herzlichsten Dank auszusprechen für die überaus gafffreundliche und zuvorkommende Weise, womit dieselben den Vertretern der gedächten Bruderpartei entgegengekommen seien und die Verhandlungen möglich gemacht haben. Diesem Danke schlossen sich sämtliche Delegirte durch Erheben von den Plätzen an. Dann warf der Vorsitzende einen kurzen Rückblick auf die Verhandlungen, die, vom besten Geiste befeuert, sicher zur günstigsten Weiterentwicklung der Partei beitragen würden. Sache jedes Einzelnen sei es, nach der Heimath zurückgekehrt, im Sinne und Geiste dieser Verhandlungen zu wirken. Mit dem Wunsche, daß Alle glücklich die Heimreise vollenden mögen, erklärte er den Kongress für geschlossen.

Hierauf erhoben sich sämtliche Delegirte und stimmten begeistert die Arbeiter-Marschallie an, der ein stürmisches dreifaches Hoch auf die Sozialdemokratie folgte.

Ueber das am Abend des 31. März stattgehabte Bankett sei kurz folgendes berichtet:

Das Versammlungsklokal war zu diesem Zweck seitens der dänischen Parteifreunde aufs Prachtigste decorirt worden. Sämtliche Fahnen der Kopenhagener Gewerkschaften hingen von den Gallerien herab, die rothe Fahne der dänischen Internationale prangte über der Rednertribüne, Inschriften und Embleme zierten die Wände. An der Tafel, die Abends nach 9 Uhr begann, nahmen die dänischen Parteifreunde in fast gleicher Zahl wie die Delegirten Theil. Im Namen der dänischen Parteifreunde begrüßte noch einmal der in Dänemark lebende Parteigenosse Böhm die Delegirten. Diesem war auch das Amt des Uebersetzers zugefallen, da die dänischen Redner weder des Deutschen genügend mächtig waren, noch die deutschen Redner des Dänischen.

Der Vorstand des „Forbund“, Parteigenosse Holm, nahm alsdann das Wort, um in längerer Rede darzulegen, wie die Bewegung sich in Dänemark entwickelt und welche günstigen Antheil daran die Deutschen insbesondere durch die Arbeiten

von Marx und Lassalle genossen. Er schloß mit einem dreifachen Hoch auf die deutschen Gäste.

Seitens der letzteren ergriff zunächst der Vorsitzende des Kongresses das Wort, dankte in herzlichsten Worten für die gaffliche Aufnahme, die man in dieser Weise nun und nimmer erwartet, und die Alle aufs Höchste und Angenehmste überrascht habe. Er spielte alsdann auf die Ereignisse an, welche zwischen Deutschen und Dänen vielfach Feindschaft und Antipathien erweckt hätten: der heutige Abend zeige aber, daß derartige Gefühle in der Arbeiterklasse der beiden Länder keinen Boden finden. Er schloß mit einem Hoch auf die fortdauernde freundschaftliche und brüderliche Gesinnung der Arbeiter beider Länder.

Die Festheilnehmer, die sich Anfangs noch etwas fremd gegenüberfanden, wurden alsbald wärmer, und es dauerte nicht lange, so befanden sich Alle in der animirtesten Stimmung. Reden wechselten ab mit Massengesängen und Einzeloorträgen von mit besonders günstiger Stimme Begabten. Dem deutschen Massengesang folgte der dänische, dazwischen erklangen die Jodeler eines nach Dänemark verschlagenen älteren Schweizer Parteigenossen aus dem Glarnerland.

Die Feststimmung wurde noch wesentlich erhöht, als nach Mitternacht mehrere riesige Bunscherrinnen hereintransportirt wurden und ein besonders guter dänischer Frogt die ziemlich strapazirten Rehlen beider Nationalitäten erfrischte. Erst spät trennte man sich, und wird allen Theilnehmern unsererits das schöne Fest und die Gastfreundschaft der dänischen Genossen unübergeßlich bleiben.

Die „Sozialreform“ vor dem Reichstage.

Aus Berlin, 22. April.

Seit vorgestern beschäftigt der Reichstag sich mit dem ersten der sogenannten „großen Arbeitergesetze“ des gleichfalls „großen“ Fürsten Bismarck — der Krankenversicherungsvorlage, welche die Basis der famosen, mit Barunischer Reklamen-Underschämtheit ausposaunten und als die „einzig richtige Lösung“ der sozialen Frage angepriesenen und und verherrlichten Sozialreform — in Sänselstücken — bilden soll. Unten die Krankenversicherung, darüber die Unfallversicherung und hoch oben drauf die im Brillantfeuerwerk der „kaiserlichen Volkshochschule“ prangende, geheimnißvoll aus einer lieblichen blauen Dampfwolke hervorsteigende Invalidenversicherung, die von besagter blauer Dampfwolke gerade genug verhäult wird, um nicht erkennen zu lassen, ob wir eine wirkliche Wahlzeit für den „armen Mann“, wirklichen Nothbedarf, wirkliche Zukerersohnen und wirklichen Kuchen vor uns haben, oder bloß ein Theaterstückchen von bemaltem Pappdeckel, der bekanntlich ein ziemlich mangelhaftes Nährmittel ist.

Im Reichstag herrscht keineswegs eine andächtige Stimmung. Die Volkshochschule hat man wohl gehört, „allein es fehlt der Glaube“. Natürlich nicht an die Ernsthaftigkeit des Kaisers und seiner Volkshochschule, denn das wäre Roserfälschbeteidigung, deren ein Reichsbote sich ebensowenig schuldig machen kann als ein Minister, Staatsmann oder Reichstagsler einer Lüge — pardon: einer amtlichen Lüge. „Wenn ich amtlich rede, muß ich die Wahrheit sagen“ — verübete einst Fürst Bismarck, der es mit derartigen Noth nicht allzuernst nimmt. Der Glaube, welcher durch Abwesenheit glänzt, ist der Glaube an die Ernsthaftigkeit der „Sozialreform“.

Sogar Herr Eugen Richter, in dessen mancherlichem Hitz und Gemüthe doch eine entscheidliche Angst vor dem Wauwan des Staatssozialismus wohnt, hat begriffen, daß die Bismarck'sche Sozialreform ein sehr harmloser Artikel ist, der den berühmten Vers aus „Reineke Fuchs“ zum Motto haben sollte:

„Ist nichts und schadet auch nichts, man muß die Gläubigen härken.“

Schade nur, daß die Gläubigen entweder ausgestorben oder noch nicht geboren sind. Und auch das „schadet nichts“, ist eum grano salis zu nehmen. Also nicht einmal Herr Richter gehört zu den Gläubigen, und meinte, mit solcher „Wassersuppe“ würden sich die Sozialdemokraten nicht abspülen und für den Staatssozialismus gewinnen lassen — wovor Herr Eugen Richter eine heidenmäßige Angst hat. Die Kritik, welche der fortschrittliche Viefelbuer an das Regierungsgesetz und Kommissionsmachwerk legte, war recht lahm, und noch lahm, ja geradezu feig war seine Kritik der kaiserlichen Volkshochschule. Es trat da so recht deutlich die klägliche Halbheit der Herren Fortschrittler zu Tage, die, als gute Bourgeois, den brutalsten Absolutismus nicht halb so verabscheuungswürdig finden, wie sie die echte, konsequente Demokratie, d. h. die Sozialdemokratie, fürchten.

Herr Richter fand keine andächtige Zuhörerschaft. Der Mann hat sich allmählich ausgedehnt, und das Epitheton: „Wassersuppe“, das er auf das Krankentassengesetz anwandte, paßt mindestens ebensogut auf seine Reden, die er vergeblich durch einige grobe Pfefferkörner pikant zu machen sucht. Und außerdem hat der Reichstag noch die Gewerbeordnungsdebatte in den Knochen mit ihren Massenabstimmungen und Zwangspromenaden, wobei die Reichsboten im wahren Sinne des Wortes als Stimmviehe zu figuriren und zu jungieren hatten. Die Dänke sind geleert, und die Abgeordneten, welche im Saale sind, tragen sich ausnahmslos Abgespanntheit und — Gleichgiltigkeit zur Schau. Handelt es sich doch bloß um ein Arbeitergesetz! Ja, wenn es sich um eine Zoll-, Steuer- oder sonstige Vorlage handelte, welche das „Tascheninteresse“ der Herren berührte, wüßte ein anderes Leben würde jetzt „im Haus“ herrschen!

Aus der bisherigen Debatte seien nur die „vorspringenden Punkte“ herausgegriffen — was zur Signatur dient. Verteidigt wurde die Regierungsvorlage nur von Herrn Geheimrath Pöhm an, der auf dem Gebiete der Arbeitergesetzgebung Bescheid weiß, aber weil er darauf Bescheid weiß, die Erbärmlichkeit der Vorlage auch so genau kennt, daß er sie nur pro forma und „von Amtswegen“ verteidigte — wie ein Armenadvokat für eine schlechte und unsympathische Sache eintritt. Argumente brachte er nicht vor, und Grillenberger, der unsererits sprach, hatte leichtes Spiel mit dem unglücklichen Regierungsdirektoren. Er zerprügte unbarmherzig dessen Verlegenheitsjohannisereien und die Hauptbestimmungen der Vorlage und ging mit der „Sozialreform“ des Fürsten Bismarck in's Gericht, die alles Andere sei, nur keine Sozialreform und nichts Gutes für die Arbeiter. Zugleich widerlegte er, unter Hinweis auf die Abänderungsanträge der Sozialdemokraten zum Krankentassengesetz und auf frühere Anträge derselben, namentlich auf das „Arbeiterchutzgesetz“, den albernen und lächerlichsten Vorwurf, als verstanden die Sozialdemokraten es nicht, „praktisch“ zu sein. In die Einzelheiten der Grillenberger'schen Rede kann ich nicht eingehen, aber bemerken muß ich, daß sie mit größerer Aufmerksamkeit angehört wurde als jede andere Rede. Unsere Gegner — das ward schon früher in unserem Organ angedeutet — haben bei aller Gegnerschaft das Bewußtsein, daß wir allein von Arbeiterangelegenheiten und der sozialen Frage etwas verstehen, und daß wir auf diesem Gebiete eine ausschlaggebende Rolle spielen werden.

Eine überaus klägliche Rolle spielte der Volksparteier Sonne man, der sich wie ein Wurm wand, weil er die sozialdemokratischen Anträge nicht bekämpfte konnte und doch auch nicht für sie stimmen wollte. „Sie seien zu spät eingebracht worden — man könne sich in

diesem Stadium der Verhandlungen nicht mehr für ganz neue Grundsätze entscheiden“ — stotterte dieser traurige Opportunist. Hätte er ehrlich, von der Leber weg gesprochen, so hätte er einfach erklärt: „Die Anträge der Sozialdemokraten sind gut, die einzig guten — als Feind der Sozialdemokraten und „Führer“ der parti introuvable — der unsinnbaren Partei, benamset „Volkspartei“ — darf ich dies aber nicht zugestehen! Schwamm darüber!

Die längste Rede hat Herr Marz Hirsch gehalten oder hält sie vielmehr noch. Die längste und natürlich auch die langweiligste — ist doch Herr Dr. Marz Hirsch unbestritten der erfolgreichste „Hausleerer“ im Reichstag, was bei der großen Konkurrenz in diesem parlamentarischen Geschäftszweige viel sagen will. Was nicht vor ihm steht, wenn er die Schlingen seiner Wortschlundbereitsamkeit öffnet, das schläßt! Gekander Schummer!

Korruptionspädagogik

oder

Die Staatsretter an der Arbeit.

(Aus dem Wuppertal.)

Nachdem in Elberfeld bei der Jagd auf Rothwild ein halb Dutzend Kommissare oder Wachtmeister auf die eine oder die andere Art den Hals gebrochen hatten, und infolge dessen unser Oberbürgermeister senfend geklagt hatte, daß „es schwer hält, jemand zu der Annahme solches Amtes zu bewegen“, kam unser Reichsplatzminister zu der Erkenntniß, daß die Sache anders angegriffen werden müsse und zwar durch in diesem Fach erfahrenere „bemährte“ Beamte. Wie dies geschah und mit welchem Erfolge wollen wir in Nachstehendem berichten.

Ende vorigen Jahres tauchten eines schönen Tages zwei Herren von anwärts hier auf, welche sich zuerst dadurch bemerkbar machten, daß sie in Barmen eine Riste mit Büchern naturwissenschaftlichen Inhalts unter der Form einer Handsuchung wegzählten. Die Bücher sind Eigenthum Hofelmann's oder gehören dessen früherem Hauswirth. Diese Bücher lagen nun ca. acht Wochen in den Privatwohnungen der Herren auf den Tischen, zu dem Zweck, die Hausleute irre zu führen; die fremden Herren gaben nämlich an, sich mit dem Inhalt derselben zu beschäftigen. Nach einigen Wochen, und nachdem sich die Herren durch ihre Bierreisen in Begleitung von zwei Schühengeln in Barmen genug bekannt gemacht hatten, begannen sie ihre gesellschaftsretterische Thätigkeit damit, unsern hier wohnenden aus Berliner ausgewiesenen Genossen Ubricht durch die Post folgenden Brief zukommen zu lassen:

„Berlin, 1. Februar 1883.“

„Lieber Herr Ubricht!

„Wundern Sie sich nicht, von mir einen Brief zu erhalten; ich habe eine Bitte und hoffe, daß Sie diese erfüllen werden. Vor allen Dingen können Sie mir vollständig trauen, denn ich schreibe im Auftrage meines Vorgesetzten. — Wir wissen, daß Sie dort als thätiges Mitglied in der Partei bekannt sind und wünschen, von Ihnen über alle wichtigen Vorkommnisse benachrichtigt zu werden. Ich verspreche Ihnen, daß Sie für jede Nachricht, die Sie an meine Adresse gelangen lassen, anständig honorirt werden. Nochmals bitte ich Sie, seien Sie lieb und nehmen dieses Anerbieten an, denn heute zu Tage gelten alle Vortheile. (Welch' charakteristische Bestätigung von einer Stütze des heutigen christlich-staatl.) Außerdem verspreche ich Ihnen im Voraus, daß ich Alles für Sie thun werde, im Falle Sie wieder nach Berlin kommen wollen. — In der Hoffnung, daß Sie dieses vortheilhafteste Geschäft (Heißt in Geschäft!) nicht zurückweisen und mir recht bald Nachricht zukommen lassen werden, zeichnet sich unter bestem Gruß

F. Lorner, Polizei-Wachtmeister, Berlin, Reimkendorferstr. 3.“

Solche edle Seelen sind es wohl gewohnt, daß ihresgleichen für Geld zu Allem fähig ist, sonst hätten sie ein derartiges Anerbieten nicht so unbedenklich machen können. Aber sie kam diesmal an den Unrechten; Ubricht zeigte den Brief mehreren anderen Genossen, und man kam überein, daß er auf das Anerbieten scheinbar eingehen sollte. Erstens, um die Pläne des Herren möglichst genau kennen zu lernen und zweitens, um nachmals zu sehen, wie die von Gott eingesetzte Obrigkeit es anfangt, arme, durch ihre Ausweisung fast zur Verzweiflung getriebene Leute durch Vorspiegelung falscher Thatfachen und Versprechungen zu verwickeln an ihrer eigenen Sache zu machen. Es ging daher einige Tage nachher folgender Brief von hier ab:

„Geehrter Herr!

„Ihr geschätztes Schreiben vom 1. d. M. habe ich erhalten. Wenn ich auch die Großen nöthiger brauche, so will ich Ihrem Wunsche doch nachkommen. Was meine Thätigkeit in der Partei anbelangt, so ist dieses von Ihnen doch gewiß eine Schmeichelei, denn mein Verdienst ist hier nicht wie in Berlin, und ich habe zu klumpen, daß ich meine Familie durchbringe. Also werden Sie hieraus sehen, daß ich Ihnen vorläufig nichts berichten kann. Ich kenne ja wohl einige Leute, habe aber, wie gesagt, die Mittel nicht dazu, um mit den Leuten zu verkehren. Es grüßt achtungsvoll

R. L.“

Der Köder zog, die Herren bissen an. Bald erschien einer derselben in der Wohnung unseres Genossen und ließ schier über vor Freundschaft und Gemüthlichkeit, er versprach auf „Ehrenwort“, daß Hunderte von Mark gar keine Rolle spielen würden, wenn Ubricht ihnen Dienste leiste. Ubricht ging absichtlich nicht sofort auf das Anerbieten ein, da aber der Herr wohl glaubte, daß sich Alles beim Bier besser machen ließe, so bestellte er Ubricht Abends in eine Restauration, vergaß aber nicht, ihm noch für die Bemühung 20 Mark zurückzulassen, welche natürlicherweise auch dankbar angenommen wurden. In dieser Zusammenkunft hatte sich (außer einigen Genossen, welche aber nicht erkannt wurden), noch ein zweiter Herr eingefunden.

Es würde zu weit führen, die Unterhaltungen, welche an diesem Abend und an noch späteren stattfanden, hier ausführlich mitzutheilen, obgleich es interessant genug wäre. Wir wollen hier nur mittheilen, daß es unserem Genossen gelang, die Herren ganz sicher zu machen, und ihnen vieles zu entlocken, was zu wissen uns sehr lieb war. Besonders darf nicht unerwähnt bleiben, daß aus den Anerbietungen und Versprechungen, die man Ubricht machte, es sich aufklärte, warum einzelne Ausgewiesene die Erlaubniß erhalten hatten, nach Berlin zurückkehren zu dürfen.

Auch stellte sich heraus, daß im Wuppertal schon mehrere andere, sehr „tabakal“ thunende Personen als Spitzel im Dienste der Polizei standen, und auch schon berichtet hatten.

Ubricht selbst wurde, da er vorgab, mit den hiesigen Genossen nicht bekannt zu sein, beauftragt, in dem Elberfelder Verein „Vereinigte Sachsen“ zu spitzeln. Diesem Auftrage kam Ubricht auch zur vollen Befriedigung nach; schade nur, daß die „Spitzelberichte“, die unter Zustimmung anderer Genossen verfaßt wurden, theilweise den nächsten Tag in der Zeitung gedruckt standen und ganz unschuldiger Natur waren.

Witterweile waren die Herren ziemlich bekannt geworden. Einige Kölner Freunde, die von denselben gehört hatten, wollten sie auch gerne kennen lernen; sie arrangirten deshalb eine „Wahl zum Kongress“ in einer bekannten, größeren Restauration.

Am Tage vor der Kölner „geheimen“ Versammlung waren die in ihrem Fach so geriebenen Beamten von hier verschwunden.

Zur festgesetzten Zeit saß der Eine, hier „der Dide“ benannt, (welcher von dem „Blatten“ meist als Unterkas und eventuell Prügelstrafe benutzt wurde) in Köln in Arbeiterkleidern im Saale an der richtigen Stelle, wo er von allen Anwesenden gesehen werden konnte. Es sammelten sich bald 60-70 Personen um ihn, Alle im besten Humore. Lange gab er sich den Anschein, als wenn er die befähigten Stichleuten gar nicht verstanden hätte, doch änderte sich die Sache, als einer aus der Gesellschaft sich vor ihn hinsetzte, ein Signalement aus der Tasche zog und dasselbe laut vorlas, wobei der Chor bei jedem Charakteristikum „das stimmt“ rief. Also etwas folgendermaßen:

„Kohes Polizeigesicht!“ Chor: „Das stimmt auch!“

„Flacher Schädel!“ Chor: „Das stimmt!“

Das war dem Dicken doch zu arg, er kniff aus, und Duzende mit ihm, welche ihn bis vor das Haus des Kommissars Luda begleiteten. Spät mit dem letzten Zuge fuhr er, allerdings um eine Erfahrung reicher, aber noch immer nicht klug geworden, in Begleitung eines Soldaten mit aufgepflanztem Bajonnet nach dem Wuppertal zurück, um sich in nächster Zeit mit dem Elberfelder Staatsanwalt als Komiter weiter zu blamieren. Als der Herr im Wuppertale ankam, war dort folgendes Flugblatt verbreitet und angeklebt worden:

Arbeiter!
„Seit mehreren Wochen befinden sich in Barmen zwei höhere Polizeibeamte, welche es sich zum Geschäft machen, arme, in Noth und Elend lebende Ausgewiesene durch Befragung und Verprechungen zu Spiegeln und Verächtern an der Sache des Volkes zu machen.“

Der Erste ist ein dicker Herr, mit bekannten rohem Polizeigesicht, blondem Schnurrbart, flachem Schädel, stark entwickeltem Fregwerkzeug, wohnt Poststraße 12. Der Andere hat dunkles Haar, Vaden- und Schnurrbart, ist glatt geschneitelt und von mittlerer Statur. Wohnung: Pannewiese 9.

„Noth und Elend einer- und das Gold andererseits vermochten, daß Einige zugefagt haben, Spitzeldienste zu verrichten und schon verrichtet haben.“

Arbeiter! So werden Eure sauer verdienten Steuerergossen verplempert. Haltet die Augen auf und forget, daß die Niederträchtigkeit zu Schanden wird. Es lebe die Sache des arbeitenden Volkes!

Meherere Arbeiter.
NB. Sollten Genossen die Namen der gn. Herren erfahren können, so bitten wir, dieselben in unserem Parteiorgan zu veröffentlichen.“

Nachdem so der Kage die Schelle angehängt worden war, war es nicht mehr möglich, daß die Herren in ihren Wohnungen in Barmen verbleiben konnten, und sie gingen daher „auf's Land“. Hausfuchungen in Ronsdorf und Remscheid bewiesen, daß sie das „Nützliche“ mit dem „Angenehmen“ zu verbinden wußten.

In Solingen begannen sie damit, daß sie einem armen, in der Umgegend von Solingen wohnhaften Besenbinder einige Thaler gaben nebst einer Anzahl Exemplare des „Sozialdemokrat“, welche er „den ihm bekannten Sozialdemokraten übergeben sollte“. Der Mann verbrachte dem ihm ertheilten Auftrag gemäß ganz gehorfsam die Blätter an seine Nachbarn und freute sich mit seiner Frau sehr über den gemachten Nebenverdienst. Da die Sache bald überall bekannt wurde, ließ man bei ihm sowohl, wie bei anderen Personen, um die Dummheit zu verwischen, eine Reihe Hausfuchungen vornehmen, natürlich ohne etwas zu finden.

Da es wohl als sicher angenommen werden kann, daß im Kreise Solingen, der bei der letzten Wahl bekanntlich Rittinghausen zum Abgeordneten wählte, sonderbarer Weise kein einziges Exemplar vom Parteiorgan gehalten wird, so wird es den Herren wohl nicht möglich sein, ein solches abzufragen, wenn sie es nicht selbst vorher auf oben beschriebene Art verbreiten.
(Schluß folgt.)

Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 25. April 1883.

— Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands.
Die Parteivertretung hat sich im Laufe der vorigen Woche konstituiert. Die Zuvorst auf den endgiltigen Sieg der Sozialdemokratie ist seit dem jüngsten Parteitage in Kopenhagen unter den Mitgliedern unserer Partei im Steigen, da unabweislich dokumentiert ist, daß, abgesehen von einigen abweichenden Meinungen in tatsächlichen Fragen, niemals die Einigkeit in der „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“ so groß war wie jetzt. Dem Ausnahmefolge gebührt hierfür einiger Dank.

Die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages in Bezug auf die mit Polizeiparagraphen gespickte Gewerbeordnungsnovelle war von vorneherein vorgeschrieben. Ganz abgesehen von dem Versuche, die obligatorischen Arbeitsbücher einzuführen, bemüht sich das neue Gesetz, ganze Klassen der Bevölkerung unter Polizeiaufsicht zu stellen; mag man nun mit dem Treiben und Handeln irgend einer Bevölkerungsklasse einverstanden sein oder nicht, für einen Sozialdemokraten gibt es nur eine Lösung: Gleichheit vor dem Gesetz! Deshalb schon haben die sozialistischen Abgeordneten gegen jede Beschränkung der Gewerbefreiheit gestimmt. Aber auch der Grund, daß alle von der Polizei abhängigen Menschen leicht zu willenslosen Werkzeugen der Reaktion herabzurufen, leitete die Abstimmungen gegen die Gewerbeordnungsnovelle. Außer bei den Arbeitsbüchern, gegen deren Einführung auch ein Teil des Zentrums stimmte, gaben durchweg die Stimmen der Sozialdemokraten zu Ungunsten der Reaktion den Ausschlag, d. h. in allen den Fällen, wo die Anträge der Regierung und der Konservativen in der Minderheit blieben; diese Anträge waren durchweg vom Zentrum unterstützt, und wo, wie es häufig geschah, auch die Nationalliberalen sich denselben zuwandten, hatten die Reaktionsanträge immer die Majorität. Wir wollen hier einen Fall herausgreifen. Den sämtlichen Handlungsreisenden, ob Kommissar oder Prinzipal, ist gleich, waren besondere Legitimationskarten zugeordnet, dabei aber sollte es der Polizei anheimgegeben werden, die sittliche Qualität dieser Herren zu prüfen und im Falle diese vor den Augen der Hochwohlthätigen nicht mit Ehren bestand, sollte dann die Polizei befugt sein, die Legitimation zum Reisen in Geschäftssachen der betreffenden Person zu verweigern. Dieser unerhörte Angriff auf die Freiheit einer Klasse der Bevölkerung, die bekanntlich im Großen und Ganzen die bitterste Gegnerin der sozialdemokratischen Bestrebungen ist, wurde lediglich durch die Stimmen der Sozialdemokraten im Reichstage zurückgewiesen. 142 Abgeordnete stimmten mit Ja, 149 mit Nein, unter ihnen 8 Sozialdemokraten!

Zu dem Krankenkassenversicherungs-Gesetzentwurf resp. zu den Vorschlägen der vom Reichstage eingesetzten Kommission hat die sozialdemokratische Fraktion Verbesserungsanträge eingebracht, die allerdings von dem Reichstage nicht angenommen werden, die aber Zeugnis davon ablegen, daß bei einigermaßen gutem Willen seitens der herrschenden Klassen auch bei den heutigen Zuständen schon Manches zum Wohle der arbeitenden Klasse geschehen könnte. Die Ablehnung der sozialdemokratischen Vorschläge aber zeigt uns wiederum, daß der gute Wille bei der Regierung sowohl als bei den herrschenden Klassen fehlt. Heute wollen wir hier nur die Grundzüge der sozialdemokratischen Verbesserungsanträge andeuten. Nicht nur Lohnarbeiter sollen, wie es die Kommissionsvorschläge feststellen, dem Versicherungszwange unterliegen, sondern alle Angehörigen des deutschen Reiches, die das 15. Lebensjahr erreicht und weniger als 7/10 Wl. täglich an selbständigem Einkommen haben, und ferner die Lehrlinge aller Berufszweige. Nur zwei Arten von Versicherungskassen sollen nach geeigneten Uebergangsperioden bestehen, die Gemeindefrankenkassen und die Berufsfrankenkassen, und zwar in dem Maße, daß nur diejenigen versicherungspflichtigen Personen, welche nicht in einer Berufsfrankenkasse untergebracht werden können, der Gemeindefrankenkasse angehören müssen. Die Wichtigkeit von Berufsgenossenschaften in Bezug auf soziale und politische Erkenntnis kann von einem Sozialdemokraten nicht unterschätzt werden. — Bei allen Klassen aber, die aus irgend welchen äußeren Gründen, Epidemien u. s. w. in der betreffenden Gegend, resp. unter den Berufsgenossenschaften, ihren Zahlungsvorgängen nicht nachkommen können, soll die Staatskasse eintreten. Die Einzahlungen erhalten die Krankenkassen durch das Reich vergütet. Da die Krankenkassenversicherung im Grunde genommen nichts mit dem Bismarck'schen Reformen zu thun hat so konnte die sozialdemokratische

Fraktion recht unbedungen an die Prüfung eines Gegenstandes gehen, der bei richtiger Behandlung einem allgemeinen Bedürfnis Abhilfe schaffen könnte. Anerkannt ist dies Bedürfnis ja schon längst durch die Gründung der jetzt bestehenden zahlreichen freiwilligen Krankenkassen.

Die neue kaiserliche Bottschaft halten die Sozialdemokraten lediglich für ein Intrigenstück des Fürsten Bismarck, der sich selbst zu schwach fühlt und nun nach Deckung sucht — ob dieses Spiel ritterlich ist, lassen wir dahingestellt. In alten Zeiten dachte der Basall den Fürsten, jetzt läßt sich der „Basall“ — so nennt sich Bismarck selbst gerne — durch den Fürsten decken. — Kaiserliche Bottschaften aber machen auf die Haltung der Sozialdemokraten keinerlei Eindruck.

— Wie die herrschenden Klassen die „Sozialreform“ verstehen. Aus Rast bei Köln schreibt man uns: Hier bestehen für die Arbeiter (abgesehen von den Privatassen) hauptsächlich zwei Klassen: die Humboldt-Krankenkasse und die städtische Krankenkasse. In letzterer ist unser gestrenger Herr Bürgermeister Thumh Vorsitzender. Weiß Weistes Kind dieser — natürlich „arbeiterfreundliche“ — Herr ist, erhebt am Besten daraus, daß er vor Kurzem den im Vorstand befindlichen Arbeitern ins Gesicht sagte: „Es ist gut, daß der Staat jetzt das Krankenkassenwesen in die Hand nimmt, — dann haben die Arbeiter gar nichts mehr zu sagen!“ Die Arbeiter hatten sich nämlich „erfreut“, die angebotene „Selbstverwaltung“ ernst zu nehmen, und einige Reform-Anträge im Arbeiter-Interesse zu stellen. Was die Kaufung des Herrn Bürgermeisters betrifft, so bedarf diese kein Commentar. Sie zeigt uns, was man in den Reihen der kühnigen Arguren unter der sogenannten „Sozialreform“ versteht, und ist deren schlagendste Kritik.

— Bürgerliche Moral und amtliche Moral. Eine erbauende Geschichte. Seit längerer Zeit, schreibt man uns aus Aachen, hängt hier eine Anklage wider den Kommerzienrath Erdens in Burscheid wegen Betrugs, welche Anklage jedoch, weil sie sich gegen einen reichen Fabrikanten und Kommerzienrath richtet, nicht aus dem hängenden Zustande herankommen kann. Da der Fall außerordentlich lehrreich ist, und die Praxis der Fabrikanten kennzeichnet, so sei der Vorgang und Sachverhalt hier erzählt. Befugter Erdens, ein Fabrikant, der auf 40,000 — 50,000 Thaler (nicht Mark) jährlichen „Verdienst“ (aus „Arbeitergrößen“) geschätzt wird, Mitglied des Kirchenvorstandes ist und als frommer Mann (!) streng auf Kirchenschatz hält, namentlich in neuester Zeit, seit die Anklage „hängt“, der auch sehr „mildthätig“ ist und z. B. zur Befähigung seines praktischen Christenthums am hiesigen Polytechnikum ein Stipendium gestiftet hat — besagter Rusterfabrikant und Mustermeister wurde vor längerer Zeit von dem Arzte der Krankenkasse, Dr. Lück in Burscheid, beschuldigt, daß er die Arbeiter seit langen Jahren zu niedrig in die Krankenkasse einkaufe. Während nach dem von der Regierung zu Aachen genehmigten Fabrikantenstatut jeder Arbeiter nach Maßgabe seiner Klasse I—V eingekauft, und für ihn entsprechend bezahlt werden muß, hat der Kommerzienrath Erdens seine Arbeiter nur in die niedrigen Klassen (I und II) eingekauft, was für ihn ein sehr profitables Geschäft ist. Die Klassen entsprechen dem Wochenlohn, und so bezahlt der Fabrikant für die I. Klasse (1 Thaler Wochenlohn) 5 Pfennig wöchentlich, während für die V. Klasse (5 Thaler Wochenlohn) 25 Pfennige wöchentlich an die Kasse zu entrichten sind. Da die Arbeiter des Hrn. Erdens, obgleich sie praktisch-geistlich ausgeteilt werden, doch mehr als 1 Thlr. die Woche verdienen, so ergibt sich das betrügerische der kommerzienrathlichen Handlungsweise von selbst. Im Ganzen soll Hr. Erdens, der seit längerer Zeit dieser nützlichen Praxis huldigt, die Fabrikklasse um 90—100,000 Mark betrogen haben. Nachdem verschiedene Abrechnungen stattgefunden, die Bücher der Fabrikklasse vom Staatsprokurator in Beschlag genommen worden, ließ es, es seien weitere Untersuchungen entdeckt worden und noch zehn andere Fabrikanten würden angeklagt werden. Dann wurde es aber wieder ganz still. Von Zeit zu Zeit taucht das Gerücht auf, ein Gerichtstermin sei angesetzt, es kommt jedoch nie zum Termin, und das Gerücht schließt stets wieder ein. Erdens und Genossen arbeiten mit Mitteln und Kräfte bekannter Art, um die Sache zu vertuschen. Erdens zeigt sich überaus mildthätig, und verdoppelt seine christliche Liebe; er bewegt sich demonstrativ öffentlich, hat sogar seine Wahl zum Präsidenten der Handelskammer durchgesetzt — Alles mit der Betrugsanklage über seinem Haupt hängend.

Warum — das ist nun die Frage — warum hängt die Anklage? Und warum fällt das Schwert der Gerechtigkeit nicht auf die Schuldigen nieder? Warum gehen die Staatsanwälte und Richter, die so schnell bei der Hand sind, einen „Sozialdemokrat“, der seiner Ueberzeugung treu bleibt und pflichtgemäß handelt, anzuklagen und zu verurtheilen, warum gehen sie nicht vor gegen diesen Betrüger im Großen? Etwa, weil er ein Betrüger im Großen ist? Wollen unsere Herren Staatsanwälte (Prokuratoren) und Richter den Verdacht auf sich laden lassen, daß sie dem Grundsatze huldigen: „Die kleinen Spitzbuben hängt man, die großen läßt man laufen“? Wollen sie? Jedenfalls verlangen wir Klarheit in dieser Sache. Und wir werden nicht ruhen, bis Klarheit geschaffen und den Schuldigen ihr verdienter Lohn geworden ist.

— Rückwärts, rückwärts, Don Rodrigo! Oder: Der starke weicht müthig zurück. Das ist die Denke der liberal-fortschrittlichen Reichstagsmajorität geworden — soweit bei der heute herrschenden Zerfahrenheit und Verschwoommenheit überhaupt noch von einer Reichstagsmajorität die Rede sein kann. Erst war man sich darüber einig, daß der durch die „kaiserliche Bottschaft“ dem Reichstage hingeworfene Handschuh aufgenommen und der seit Jahren in der Luft schwebende und jetzt von dem Herrn Reichskanzler an den Haaren herbeigezogene „Konflikt“ endlich einmal zum Austrag gebracht werden müsse. Herr Richter (Eugen) war sehr tapfer, Jedermann war sehr tapfer. Eine Zurückweisung des Etats für 1884/85, nebst obligatorer gesinnungstheiliger Adressen, war das Mindeste, was man thun sollte. Und nun? Ueber Nacht ist den liberal-fortschrittlichen Heiden das Herz in die Hose gefallen, die tapferen Vorkämpfer sind wie Weizenblasen zerplatzt — keine Adressen mehr! Ja, Niemand will eine solche Gewalt haben, und man wird Nichts thun. Nichts — höchstens zu einem schwachen und heuchlerischen Protest gegen die Berathung des vorgelegten Unfallgesetzes erst nach dem Tode will die Fortschrittspartei sich emporkraften. Heuchlerisch — denn die Fortschrittspartei ist wahrhaftig nicht begeistert für das Unfallgesetz und hat ganz wesentlich die bisherige Verschleppung desselben verschuldet. Kurz: Feigheit und Heuchelei! In diesen zwei Worten drückt sich die gegenwärtige Haltung der Liberalen und Fortschrittler aus.

— Wer heißt darauf an? Jetzt oder nie! jubelt das „christlich-soziale Korrespondenzblatt“ monnetraunen oder der neuen kaiserlichen Bottschaft und wirft folgenden Räder aus:

„Unberechenbar sind die Sozialdemokraten, die aber ihre Firma als Vertreter des arbeitenden Volkes liquidieren mögen, wenn sie sich gegen die kaiserliche Bottschaft „sperrern“. So viel gesunde Vernunft und Arbeiterfreundlichkeit tranen wir ihnen doch noch zu, daß sie es nicht thun werden! Wären diese Leute wirklich Politiker — eine glänzendere Gelegenheits, sich und ihre Partei moralisch und geistlich wieder zu rehabilitieren, kann es für sie nicht wieder geben! Finden sie endlich den Muth, allen unfruchtbaren, nur für sie selbst verderblichen Phantastereien zu entsagen und sich vertrauensvoll und rüchthellos an den realen, auch ihnen gebotenen Boden der kaiserlichen Bottschaft zu stellen, so sind sie keine „Herren der Situation“, und

es wird mehr Freude über sie sein, als sie — seither über sich selbst gehabt haben. Goldenerer Beliden zur Rehabilitation sind einer geistlich gemäßigten Oppositionspartei bisher niemals gebaut worden. Wird man verstehen, sie zu übersteuern? Wir hoffen es zuversichtlich, wenn nicht von den sozialdemokratischen Führern, so doch von den Arbeitern, und auf diese, nicht auf jene kommt es schließlich an.“

„Mehr, wie den verlockenden Räder auswerfen, können wir „Phantasten“ doch wirklich nicht thun. Also, wer heißt darauf an?“

— Unser Genosse Stolle hat mit seiner Bemerkung, daß mit der Hebung der Sittlichkeit in den oberen Gesellschaftsklassen der Anfang gemacht werden müsse, und daß in den höchsten Kreisen, namentlich in den Offizierskreisen, die schamloseste raffinierteste Unsitlichkeit herrsche, einen richtigen Schuß in's Schwarze gethan. Das Buthgeheiß Derer, die sich getroffen fühlen, die Zustimmungsbriefe, die aus allen Ecken Deutschlands einlaufen, beweisen dies zur Genüge. Auch massenhaftes Material ist unserem Genossen in letzter Zeit zugegangen, und als er ein zweites Mal auf seine Behauptung zurückkam, und dieselbe im vollster Ausdehnung erklärten zu wollen versprach, da verhielten die Herren Rinnigerode und Konforten sich menschlich. Stolle wird bei der dritten Lesung der Gewerbeordnungsnovelle sein Material dem Bureau des Reichstages zur Verfügung stellen; zur öffentlichen Mittheilung eignet das Meiste sich nicht — die massenhaft vorliegenden Thatfachen sind zu schmutziger Natur. Mögen einige Zeitungen fortfahren, die Glaubwürdigkeit unseres Genossen in Frage zu stellen — das Publikum glaubt, was er gesagt hat, und die Einzigen, welche es nicht glauben, sind diejenigen, welche es wissen.

Genug — ein wahreres Wort ist niemals gesprochen worden und der niederschmetternde Beweis der Wahrheit wird für die heuchlerischen Zweifler viel zu früh kommen.

— Die Berliner Polizei ist von einem wahren Sittlichkeitsfieber ergriffen: nachdem sie die Jola'schen Romane als „unmoralisch“ konstatirt, hat sie nun Boccaccio's „Dekameron“ dem gleichen Schicksal anheimfallen lassen, und dieses klassische Buch, an welchem die Menschheit sich seit 4 Jahrhunderten erheitert, auf dem Altar der Polizeimoral geopfert. Sonderbarer Weise richtet sich dieses Sittlichkeitsfieber nur gegen Bücher und gegen Lobte, während es die Lebenden, insofern sie zur Polizei in guten Beziehungen stehen oder gar zu ihr gehören, vorsichtig und sorgsam schont. So ist zum Beispiel ein aus dem (sittlichen!) Offiziersstand hervorgegangener Polizeibeamter gegenwärtig im Dienst, obgleich durch gerichtliches Erkenntnis festgestellt ist, daß derselbe sich der abscheulichsten Verbrechen gegen die Sittlichkeit schuldig gemacht und Orgien unbeschreiblicher Art gefeiert hat. Wir werden das Erkenntnis, welches sich in unserem Befug befindet, vielleicht gelegentlich im Parteiorgan veröffentlichen — natürlich mit Hinweglassung gewisser, allzu schmutzige Details enthaltender Stellen. Der fragliche Beamte ist nicht nur nach wie vor aktiv im Dienst — es ist auch gar nicht einmal das Disziplinarverfahren gegen denselben eröffnet!

Rachschritt! Das Verbot des „Dekameron“ ist von der Staatsanwaltschaft gutgeheißen und vom Landgericht I zu Berlin bestätigt worden. Bravo! Die Wahreverwandtschaft unserer Richter und Staatsanwälte mit der Polizei ist damit auf's Neue konstatirt — was freilich kaum mehr nöthig war, indeß immerhin festgenagelt werden muß.

— „Gleiches Recht für Alle.“ Aus Karlsruhe schreibt man uns: In Durlach schlug Hauptmann von Putzig einen Soldaten beim Exercieren derart, daß derselbe alsbald verstarb. Der Mörder befindet sich auf freiem Fuße.

Näheres später.
— Die Wahl im 4. Berliner Wahlkreis wird in der nächsten Zeit noch nicht vor den Reichstag kommen. Wie unseren Abgeordneten mitgetheilt worden, befinden sich die Wahllisten seit Monaten auf der Staatsanwaltschaft, weil angeblich verschiedene Personen unberechtigter Weise sich am Wahlauf betheilig haben und die Wahllisten zur Erbringung des Schuldbeweises gebraucht werden sollen. Auffallend ist die Langsamkeit, mit welcher die Staatsanwaltschaft in der Sache verfährt, obgleich Seitens der Wahlpflichtkommission wiederholt zur Eile gemahnt worden ist. In diesem höchst überflüssigen Hinschieben liegt offenbar Absicht.

— Wie's im Auslande aussieht. Aus Frankreich ist zu melden, daß der Streik der Hasenarbeiter von Marseille beigelegt ist. Die Arbeiter setzten nur einen Theil ihrer Forderungen durch. Um das schnelle Ende des Streiks machte sich besonders der Abgeordnete Clovis Hugues verdient, der den Arbeitern dringend anrieth, sich friedlich mit den Arbeitgebern auseinanderzusetzen: „Der Streik bedeuete für sie das Elend.“ Wir sehen den Verhältnissen zu fern, um beurtheilen zu können, ob diese Furcht, sowie das Geschrei, der Streik in Marseille thue der Bedeutung dieses Hagens zu Gunsten Genua's Abbruch, nicht übertrieben war, sind indeß eher geneigt, die Frage zu bejahen. Jedenfalls haben die Arbeiter wieder einmal die Kosten für die internationale Konkurrenz der Ausbeuter tragen müssen, ein Beweis, daß die soziale Frage national nicht gelöst werden kann. — Aus Paris erhalten wir per Zirkular die Anzeige von dem bevorstehenden Regionalkongress der Federation des Zentrums (Paris und Umgebung) der sozialistisch-revolutionären Arbeiterpartei (Programm von St. Etienne). Derselbe wird vom 13. bis 21. Matigen. Die Tagesordnung ist eine überaus reichhaltige und umfaßt eine Anzahl theoretischer Fragen, sowie solche der Organisation und Taktik der Partei. Von den ersten heben wir folgende hervor: „Ueber die Organisation der öffentlichen Dienste in Staat und Gemeinde.“ „Ueber die Art und Weise und die Mittel des Auslaufes in Bezug auf die internationale Produktion.“ „Ueber die Auswanderung fremder Arbeiter nach Frankreich und die durch dieselbe hervorgerufene Lohnkonkurrenz.“ „Ueber die heutige Unfallversicherung der Arbeiter und die Notwendigkeit einer sozialen Versicherung“ u. s. w. Man sieht, an Stoff zur Diskussion wird es dem Kongress nicht fehlen. Möge das Ergebnis desselben ein für die prinzipielle Klärung wie für den praktischen Kampf gleich günstiges sein! — In Roanne ist unter den Russen ein Arbeiter Streik ausgebrochen. Krapotkin ist im Gefängnis von Clairvaux erkrankt. — Gleichzeitig mit Genosse Blum ist auch Genosse Schenermann aus Paris ausgewiesen worden, und zwar gleichfalls ohne jeden schuldigen Grund. In einer sehr energischen Erklärung des „Cerele international“ wird die begründete Ansicht ausgesprochen, daß Blum wie Schenermann die Opfer eines schiefen Denzantens seien, den ihre Anwesenheit in Paris genirte, sowie der Freiheit der republikanischen Regierung“. Wir kommen übrigens auf diese Ausweisungen noch einmal zurück.

In England sind die Prozesse gegen die irischen Revolutionäre und Geheimbändler an der Tagesordnung. Nach Brady ist nun auch Curley auf die Anklagen des Schurken Carey hin, dem sich noch Carey's Bruder und J. Kuller als Kronzeugen zugesellt haben, wegen angeblicher Theilnahme an der Ermordung Burke's zum Tode verurtheilt worden. Nach Verurtheilung des Urtheils sagte Curley: „Ich verlange keine Nachsicht von der britischen Regierung. England und ich sind unversöhnliche Feinde. Ich habe mein ganzes Leben lang der Revolutionspartei, den Feinern, angehört und werde ihr bis zu meinem letzten Athemzuge angehören. Nicht die Furcht vor dem Tode veranlaßt mich, zu reden. Der Tod ist hundertmal dem feigen Verrath

vorzuziehen, durch den Carey und seine Demagogengenosse ihren Kopf reiten. Ich protestire nur, um meine Ehre zu retten, auf welche ich mehr halte, als mein Leben. Nein, ich war am 6. Mai nicht im Park; nein, ich habe an keinem Worte direkt theilgenommen. Vor Carey und mit einem Fuß im Grabe schwöre ich, daß Smith und Carey gelogen haben. Uebrigens große ich den Geschworenen durchaus nicht, sie hören nur auf eine Glocke und auf einen Ton. Das so fürchterlich parteiische Schlupfwort des Präsidenten hat ihre Freileitung vollendet. Wie sollten sie mich nicht verurtheilen, nachdem sie mich von einem Richter haben vernommen hören, der für unparteiisch ausgegeben wird, selbst wenn er soweit geht, die Wahrheit zu entzweien, um den Tod eines Menschen durchzusetzen? Sätze ich auf der Bank der Geschworenen, ich würde nach einem solchen zweiten Verhöre ein gleiches Urtheil haben fällen müssen. Ich verzeihe also den Geschworenen und sterbe freudig für mein Vaterland und meine Mitbürger.

Diese männliche Sprache macht einen wohlthuenden Eindruck selbst auf Den, der mit der feinsten Agitation nicht übereinstimmt. Wir konstatiren dies um so lieber, als die in der letzten Zeit sich häufenden Fälle von „Verführung“ irischer Revolutionäre zu Kronzeugen eine geradezu niederdrückende Wirkung gehabt haben. Die Berräter haben leider von jeher in den Kämpfen Irlands gegen England eine große Rolle gespielt.

Welch' anderes Bild bietet dagegen der Kampf der Nihilisten in Rußland! Hier fehlt jedes Strebertum; nicht nationaler Haß, sondern Liebe zur Freiheit, zum geknechteten Volke ist die Triebfeder der Handlungen. Daher auch fast gänzlich Fehlen von Berräthern aus Freigebit, absolutes Fehlen von gekauften Berräthern. Das haben auch die jüngsten Prozesse in Petersburg und Odessa gezeigt. Von Kronzeugen keine Spur, dagegen offenes Auftreten der Angeklagten, deren Aussagen man es anmerkt, daß sie nicht durch die Furcht vor dem Richterspruch, sondern lediglich durch propagandistische Rücksichten beeinflusst wurden. Denn Keiner der Angeklagten stellte die von ihm begangenen Handlungen in Abrede. Die russischen Richter dagegen stehen ihren englischen Kollegen an Freigebit und Niedertracht nicht nach. Unerböt sind die von ihnen verhängten „Urtheile“: Gratschewski, Bogdanowitsch, Slatopolski, Bugewitsch, Tselalow zum Tode verurtheilt, Stefanowitsch und Iwanowitsch zu lebenslänglicher, die übrigen Angeklagten zu 15—20jähriger Zwangsarbeit verurtheilt! Mehr kann der grausame Wütherrich Alexander in der That nicht verlangen. Und wie es heißt, will der Feindling vor seiner Krönung noch schnell ein Exempel statuiren und die zum Tode Verurtheilten hinrichten lassen. Wenn er indeß glaubt, durch eine so infame Maßregel sich gegen ein etwaiges Attentat sichern zu können, so ist er gewaltig auf dem Holzwege. Wenn nicht andere Erwägungen maßgebend sind — Furcht ist es sicher nicht, welche die russischen Revolutionäre veranlassen könnte, die Krönung unbehindert vor sich gehen zu lassen.

Aus Oesterreich sind natürlich nur Maßregelungen von Arbeitervereinen, Konfiskationen, Verbote, Verhaftungen und ähnliche Schrecken zu berichten. Ein in Wien angebrochener Streik der Bäckergehilfen hat dem „arbeiterfreundlichen“ Grafen Taaffe Gelegenheit gegeben, den Arbeitern einen glänzenden Beweis seiner wohlwollenden Fürsorge für ihre Besserstellung zu liefern. Damit der Streik nicht zu lange dauere, stellte der Bräue den — Prinzipalen sofort 200 Militärkürassiere zur Verfügung. Das sieht diesem äffischen Nachahmer Bismarck's ähnlich. Auch dessen Arbeiterfreundlichkeit hat bekanntlich ein Ende, sobald die heilige Ausbeterfreiheit in Frage kommt. — Der Kampf um die Volksschule ist Dank der nationalen Intriguen, insbesondere Dank der beispiellos elenden Schacherpolitik der polnischen Welschpatrioten zu Gunsten der pöflichen Dunkelkammer entschieden worden. Auch der „freisinnige“ Held des Deutschthums, Herr Schneider, stimmte mit der schwarzen Gesellschaft, was von unseren Genossen in einer sehr gut besuchten Versammlung gebührend geäußert wurde. Wie ein Mann haben übrigens die österreichischen Sozialisten gegen dieses reaktionäre Attentat protestirt und so wieder einmal den Beweis geliefert, daß heute einzig und allein die klassebewußten Arbeiter die wirklichen Kämpfer für Freiheit und Fortschritt sind.

Aus Belgien wird uns kurz vor Redaktionsschluss noch die Mittheilung, daß die Regierung dieses liberalen Kaiserstaates ohne jede Veranlassung mehrere Genossen, darunter auch solche, die seit Jahren ruhig ihrem Berufe nachgehen, plötzlich des Landes verwiesen habe. Ob dieser infame Streich auf Befehl von Berlin erfolgt ist oder welche Motive sonst maßgebend waren, darüber ist nichts bekannt. Weiteres in nächster Nummer.

Korrespondenzen.

— Aus dem Wahlkreise Iserlohn-Altena i. W., Ende März. Seitdem der Bericht von der rothen Fahne auf unserem Wasserthurm in unserm Organ gedrungen, hat sich hier wieder so Rauesch jagetragen, daß an's Tageslicht gezogen zu werden verdiente. — Aber unser Wasserthurm hat nun einmal so sein Verhängniß — so kam es, daß als im vorigen Herbst uns der Kultusminister hier in unseren Bergen 'mal besuchte in Ehren desselben ein schwarz-weiß-rother Lappen auf dem Wasserthurm angeheftet wurde.

Wer beschreibe nun aber das Entsetzen, als am andern Morgen der schwarz und weiße Regen verschwunden war und die rothe Fahne majestätisch über unsern Häuptern wehte! Selbstverständlich wurde dies in unserm Tagesblätter wohlwollend verschwiegen. Oh! es wäre ja auch jammerschade, wenn noch einmal Deutschland erführe, daß es hier auch noch Menschen gibt, die die rothe Farbe so sehr lieben.

Natürlich gibt es zu den Lichtseiten auch Schattenseiten. — Polizei und Fabrikanten überbieten sich, Jagd auf Rothwild zu machen, und so dürfte es denn wohl nicht wieder kommen, wie im verhängnißvollen Jahr 1848, daß der Landesvater sagen könnte, wie er als Prinz sagte: „Ich werde mal Landrath in Iserlohn werden, damit man die Kanaille zur Ruhe bringt“.

denn die Speichelfeder haben den Tyrannen längst übertriffen.

Während hier die Masse des Volkes genau so im Elend senkt, wie anderswo, haben doch die Provinzen Rheinland und Westfalen 50,000 Mk. zusammengebetitelt, wofür sie dem Prinze u. Vikel in einen silbernen Tafelaufsatz haben machen lassen. Man sagt: das Geschenk soll herrlich gewesen sein, jedenfalls ist man bei der Fertigung bedacht gewesen, daß dasselbe die Herrlichkeit des Prinzen überleben — soll, zur Fierde Rheinlands und Westfalens und nicht der Hohenzollern.

Von unserm ausgewiesenen Neumann kann ich berichten, daß sich derselbe noch in Hohenlimburg befindet, es wurde bei demselben vorigen Sommer recht tüchtig gehaust, da er ein Dorn im Auge der dortigen Polizei ist. Es schien fast, als könnte man bei demselben nichts finden. Bavorkommen aber, wie Neumann immer ist, überreichte er schließlich den Herren ein „Kampfein“, und siehe da, sie hatten Licht bekommen und fanden dann auch noch unsern lieben „Böhmer“. Mit dem Bewußtsein, ihrem Vaterlande einen hohen Dienst geleistet zu haben, verschwanden sodann die edlen Seelen aus Rimmerniederleben. Eine Beschwerde auf Heranngabe der angepöflichten Sachen blieb natürlich erfolglos. Es geschah nach dem Neumann auch ganz recht, warum steckte er den Sp—irnsen auch ein Licht auf.

Einem Genossen, der einen Jagdschein haben wollte, wurde erwidert, daß es gefährlich sei, ihm die Erlaubniß zu geben, mit einer Waffe umzugehen. Was braucht denn auch ein Sozialdemokrat auf die Jagd zu gehen, wird er doch schon selbst genug „gejagt“!

Ein ähnliches Vergnügen hatten wir bei der Landtagswahl. In Versammlungen konnten wir nicht sprechen, um Wahlenthaltung zu proklamiren, deshalb wurden kurz vor der Wahl eines Tages Flugblätter verbreitet, die auch ihre Wirkung nicht verfehlten.

Am andern Morgen war der ganze Polizei-Apparat auf den Beinen, um die Flugblätter anzufischen, aber vergebens, die waren schon in

den Häusern in sichere Hüt gebracht. Die Arbeit, unsere Rinnsteine darnach abzufischen, bildete den Schluß des Feldzugs unserer Hochwohlwollen.

In der Arbeitserfrage hatten wir einen schwierigen Stand. Einestheils wurde uns das Lokal verboten, dann trieb auch die Wohlthätigkeit sonst noch ihr Spiel. Eine leider schwachbesetzte Versammlung fand statt. In derselben wurde beschlossen, eine zweite Versammlung für Sonntag einzuberufen und dieselbe besser bekannt zu machen. Hier aber hatte der Einberufer die Rechnung ohne den Würgermeister gemacht. Man theilte ihm mit, er sei Sozialdemokrat, und daraufhin löste die Versammlung nicht stattfinden. Der Mann hatte überdies seine Meinung von seiner Gefährlichkeit, denn es war kein Parteigenosse. Auf diese Art bekommen wir schließlich Genossen, der Bürgermeister einen Orden, die Spindel ein Lob, und so ist uns Allen geflossen.

Da die Versammlung schon bekannt gemacht war, hatten sich doch Viele eingefunden. Der Saal war aber verschlossen, so daß die Meisten umkehren mußten. Andere hatten sich ins Lokal begeben, wo der Einberufer das Verbot vorlas, natürlich unter großer Heiterkeit der Anwesenden. Hierbei benahm sich der Würgermeister, der sich einen Orden mitgebracht hatte, sehr brutal, so daß wir ihm für den Wiederholungsfall ein spezielles Gedendblatt im Parteiporgan widmen werden. Genosse Neumann hatte gesagt: „Hört! Hört!“ was der Herr Würgermeister sofort verbieten zu müssen glaubte. Da er aber hierbei keine Gegenliebe fand, verbot er dem Würger, hier an uns zu verabschieden. Was man sich nicht Alles als „Staatsretter“ erlaubt, und was man sich nicht alles als „loyaler Unterthan“ bieten läßt! Wie jagen natürlich von dannen und tranken unser Bier anderswo.

„Jerkeln ist vom Umfuz getrieben, aber nicht vor Untergrabung.“! Wenn diese Gesellschaft glaubt, sie sei ihres Spiels in alle Ewigkeit sicher, so irrt sie sich gewaltig. Der Deutsche verdrägt zwar viel, aber wir wissen auch aus der Geschichte, daß er gerade von hier die Römer hinausgewirft und einem Napoleon den nächsten Weg gezeigt hat, als ihm die Hundewirtschaft in dumpe wurde. Nun, es wird auch die Stunde kommen, wo wir das hier tosende Gefindel von Tagelöhnen und Ignoranten mit Klang aus dem Lande jagen werden, wie sie es längst verdient haben.

Also, Ihr Arbeiter Westfalens, bewahrt Euren alten Ruf, schließt Euch der Partei der Unterdrückten an, helft uns das Volk vom Joche der Gewalt, der Schande und des Elends befreien, das man uns anferlegt, um uns desto bequemer beherrschen, das heißt ausbeuten zu können.

Ein Umfuzler.

— Stuttgart, 26. März. Wir senden hiermit wieder einmal einen kurzen Bericht über hiesige Vorgänge. Am 13. März sollte hier eine große Volksversammlung stattfinden mit der Tagesordnung: „Die sozialen Reformpläne des Reichskanzlers, wie sie sind und wie sie sein sollten.“ Das Rezerat hatte Abgeordneter Geiser übernommen. Der Wirth des betreffenden Lokals indeß nahm seine fest ertheilte Zulage am Tage vor der Versammlung zurück, unter Vorwänden, die so wichtig waren, daß man deutlich sah, wer hinter ihm stand. Ein direktes Verbot wollte man eben vermeiden. Die ungewöhnlich große Anzahl von Besuchern, die umfons gekommen waren, bewies uns unserer Freude, daß das gewählte Thema denn doch geeignet schien, einen größeren Theil unserer sonst recht schlaftrigen Arbeitermassen heranzuziehen als sonst.

Wahlgang es hier unseren würdigen Staatsrettern Honold und Konsorten, und eine Versammlung unmöglich zu machen, so waren wir dafür wenige Tage später in der Lage, uns in Hunderten in geschlossenem Raum zu vereinigen, ohne daß die Wohlthätigkeit etwas dagegen thun konnte. Es war dies zur Feier unseres Gedentages, des 18. März. Nachdem schon am Vorabend unter den mütterlichen Mitgliedern unserer Organisation eine kleine Feier stattgefunden, veranstalteten wir am 18. selbst eine größere Zusammenkunft, zu der auch Frauen und Kinder unserer Genossen eingeladen waren, und die ungemein zahlreich besucht war. Das Ganze gab wieder einen erfreulichen Beweis des Zusammenhaltens unter uns und verließ in ausgezeichneter Weise. Um aber auch zugleich die nichtsozialistischen Elemente unserer Residenzstadt — „die irrenden Stadt Deutschlands“, wie sie unsere Wäcker mit Stolz heißen — auf die Bedeutung des Tages aufmerksam zu machen, wurde in der Nacht vom 17. zum 18. März auf den Aussichtsturm des Hohenberges, einem weithin über's Land sichtbaren Punkte, „von unbekannter Hand“ eine rothe Fahne angeheftet. Erst nach vieler Bemühung gelang es, den Eingang in den Thurm wieder frei zu machen und die Fahne zu konstatiren.

Selbstverständlich hat diese „blutigrothe That“ ziemlich viel Aufsehen gemacht. Da unsere hiesige Polizei selbst bei den Spießbürgern nicht sonderlich beliebt ist, war die Freude über den ihr von den Sozialisten gespielten Streich eine ziemlich allgemeine zu nennen.

Das Hinscheiden unseres Vorkämpfers Karl Marx, das in unseren Kreisen, ja überall die regste Theilnahme erweckte, gab uns Anlaß, eine Parbischichte, wenn auch geheimgehaltene Trauerfeier am Montag abzuhalten. Das Andenken an den Verstorbenen, sein Lebenslauf und seine Lehre wurden in verschiedenen Reden gefeiert und besungen.

Von dem Vereins-Schatzmeister C. Vogt in Newark, N.-J., Nord-Amerika, hat der Unterzeichnete den Ertrag einer von den Männergefangenen Harmonie und Liberty zur Unterstützung der durch die Ueberschwemmung geschädigten Parteigenossen am Rheine veranstalteten Freischießerei vermittelt dreier Postanweisungen im Gesamtbetrage von 431 Mk. 91 Pf. erhalten.

Indem ich im Namen der Ueberschwemmten den braven Gesandten herzlich danke, mache ich denselben hierdurch die Mittheilung, daß der angeführte Betrag in folgender Weise zur Verteilung kommt. Die Hälfte der Summe ist den Ueberschwemmten am Niederrhein, und zwar mit 107 Mk. 98 Pf. den Kreisen Landkreis Köln, Stadtkreis Köln und Wülheim am Rhein und mit 107 Mk. 98 Pf. den Kreisen Solingen, Düsseldorf und Duisburg übergeben worden. Die andere Hälfte mit 215 Mk. 96 Pf. ist dem Reichstagsabgeordneten Liebknecht übergeben worden, der die Verteilung unter die Geschädigten am Oberrhein veranlassen wird.

Berlin, den 14. April 1883.

Rittinghausen,
Mitglied des Deutschen Reichstags für Solingen.

Am heutigen Tage habe ich durch Postanweisung von Max Tiedemann aus New-Haven, Connecticut, Nordamerikanische Freistaaten, 25 Mk. 7 Pf. ohne Angabe der Bestimmung, überhaupt ohne jegliche Angabe erhalten.

Sollte ich binnen 8 Wochen nicht anderweitigen Bescheid erhalten, so werde ich die obige Summe zu dem Fond für die Ueberschwemmten schlagen.

Berlin, 21. April 1883.

Wilhelm Liebknecht.

Fremd H. Dähner, Philadelphia!
Laß etwas hören über die zwei Lisen; bitte um Deine Adresse.
H. W. Leipzig.

Druckfehlerberichtigung. In Nr. 15 des „Sozialdemokrat“ steht S. 3 auf der 4. Spalte eine Notiz mit der „Spitzmarke: „Nehv wider Willen.“ Es soll heißen: „Wahr wider Willen.“

Briefkasten

der Redaktion: J. J. in Remscheid: „Miners National Gazette“, sowie Zeitungsausschnitt dankend erhalten. Erhöre noch recht zahm, letzterer dagegen ganz vortrefflich. Vielen Gruß! — Bahnsfrei: Sie scheinen unsere beifällige Bemerkung missverstanden zu haben, jedenfalls war sie nicht so gemeint, wie Sie sie auffassen. Wir danken die Berichtigung Ihres Vorschlags durchaus nicht, sind vielmehr für jede der-

artige Anregung dankbar. — Leipzig: Eure Reklamation ist berechtigt, doch wollt Ihr berücksichtigen, daß während des Kongresses das Reklamationsmaterial zeitweilig disloziert werden mußte.

der Expedition: E. R. Stiggen: Fr. 2. — Ab. 2. Du. erh. — H. a. D. 881: M. 10,30 Ab. 2. Du. u. Schft. erh. Sdg. fort. — Merkurius G. in B.: Jf an alte Ab. besorgt. E. benachrichtigt, gratulirt herzlich. — Rothfragen a. d. Zislar: Rückständiges abgehandelt. Ab. notirt. Weiteres erwartet. — Rummelstraße: War schon unterwegs. Das Andere folgt gelegentlich. Natürlich zahlen Sie dort. Soll B. öffentlich angesagt werden, dann Genaueres. — Frisch auf Lgh: Alles da, siehe auch Bl. 16. Jauber in Ordnung. — H. R. N. a. S.: Dank f. Nachr., fort ist Alles. — Georg: Rehebestillg. auf S. u. Schft. folgt. KEG des Wissens längst vergriffen. Bl. am 24. 4. u. mehr. — Otto Barwärtz aus Jammertal: Gewünshtes über M. am 24. 4. veranlaßt, womit den Jammern gehoben hoffen. Gruß! — Roland?: Bl. n. 23. am 24. beantw. Noos willkommen! Alles notirt. — Rother Hans: Reklamirtes kreuzte wahrscheinlich mit Bl. v. 22/4. Rehebestillg. u. notirt. — B. 4: Bl. v. 21. am 24/4. erh. u. beantw. Nachschg. soweit thunlich besorgt. — Weihenstein B.: M. 50. — baar u. Bl. 15,50 Grgang. a. Cto. 1. Du. gutgebr. Weiteres) notirt. Abfsh. Bl. am 24/4. abgegangen. — Heinrich: Nachrcht v. 19/4. betr. R. erh. Weiteres nach Beschr. besorgt. — Lüneburger Haide: Bl. v. 5. am 10/4. beantw. Bestllg. abgg. — ttt himmell — M. 3. — Ab. 2. Du. erh. u. notirt. Fr. u. Engels fort. Kommtzth. u. Bl. (schienen eingeforen; da mag der Teufel heizen. — Schorke: M. 150. — a. Cto. erh. Fortschg. u. erwartet. — J. R. Hall: M. 10. — Ab. 2. Du. u. Schft. erh. Auch anderwärts hat eingeschlagen. — K. L. B.: M. 15. — Ab. 2. Du. erh. — H. R. St. i. E.: M. 3,20 Ab. 2. Du. u. Porto erh. Nachfrg. zweifelhafte fort. — Rother Kreis: M. 20,80 a. Cto. Ab. erh. Unsere Ab. ist gut. Verspätete Lösung der Zitrigen können wir doch nicht veranmt. Alles notirt. — Arb. Fortb. Verein New-York: Fr. 150,85 (Doll. 10,—) f. d. Ueberschw. am Rhein dtd. nach Beschr. (wie früher Doll. 40,—) ausgeliefert. — L. R. J.: Fr. 3,15 erh. Wofür? — O. R. Amsterdamm: Fr. 2,50 Ab. 2. Du. f. B. erh. Fr. 8. nun zum dritten Mal nachgeliefert. — Gebr. Herminghaus: Fr. 151,90 a. Cto. Ab. erh. Schft. am 16/4. abgg. — E. R. J.: M. 6,80 Ab. 2. Du. u. Schft. erh. M. 3,20 d. Ufss. dtd. zugew. — E. Horn: M. 32,40 Ab. 2. Du. erh. Grgang. gutgebr. Bl. mehr. — Blig: M. 10. — a. Cto. Ab. 1. Du. erh. Verhaltungsmaßregeln nicht im Separatabdruck da. Weiteres bl. — J. Stas v. Benedig: Fr. 9. — Ab. 2. Du. erh. Brauissimo! — J. D. Chicago: Fr. 2,50 Ab. 2. Du. erh. — H. J. G.: M. 3. — Ab. 3. Du. erh. Allerdings. Stieber sucht immer noch hindereiren, wenn ihm zufällig mal was auf die Nase fällt. — E. D. B.: M. 2. — Ad für Schft. erh. — Dittersbach: M. 4,40 Ab. u. Schft. a. Cto. 2. Du. erh. Wann u. wohin soll denn das 1. Du. geordnet sein? Neuer besorgt. — A. R. München: M. 1,60 f. d. Ufss. dtd. zugestellt erh. — Rothbäpchen: M. 4,30 Ab. 2. Du. erh. Am 26/4. Spb. indirekt abgg. an R. Ertrag folgt. Sch. haben wir. Weit. erw. mit sicherem Beleg. — v. L. E.: M. 4,50 Ab. 2. Du. erh. — Frig. Deb.: M. 10. — baar und M. 27,10 für Berl. gutgebr. Rehebestillg. u. Ab. notirt. Ansg. folgt. — Blume-Deputation: M. 6. — a. Cto. Ab. u. f. w. erh. Bl. Röhren. — Gen. Königsberg i. P.: M. 50. — Vierteljahrbeitrag p. Ufss. dtd. erh. Kataloge folgen. — Kopenhagen: Alles hier. Fr. 28,82 Ab. 1. Du. u. Porto erh. Weiteres folgt. Arbrp. 2. kostet — 20 Cts. Ab. R. nicht, sondern T. beizügen. — E. Sch. London: „Junge war heute vor'n Sautenmark u. vor'n smach Schirn.“ Der erste von den wirklich verlustigen Reichsboten u. soll doch ein gewisser General Bumbum gewesen sein. — Schrdr. Stgg.: M. 1,10 f. Schft. erh. — Rasi: M. 50. — a. Cto. erh. Rehebestillg. folgt. — O. J. Genf: Fr. 6,75 f. Schft. erh. Rehebestillg. folgt. — E. R. Genf: Fr. 59,50 Ab. 2. Du. erh. — Rißche New-York: Fr. 126,00 a. Cto. erh. — R. Sch. Amsterd.: Fr. 2,20 Ab. 2. Du. erh. — H. R. B.: Fr. — 45 für Schft. erh. — R. R. Hdt: M. 3. — Ab. 2. Du. erh. — T. Ebmita Rlg.: M. 3. — Ab. 2. Du. erh. Ab. geordnet.

Neuestes Flugblatt.

(Reinoktaoformat.)

Mucker-, Pfaffen- und Königsschwindel.

Zur Naturgeschichte der Volksausbeuter.

(1. Die fromme Bourgeoisie. 2. Die loyale Bourgeoisie.)

Preis bei Massenbezug nur gegen Baarvorauszahlung:

Für die Schweiz per Expl. 2 Cts. franko für Kabatt.

Für's Ausland per 2 Expl. 5 Cts. „ „ „

Für Deutschland per Expl. 2 Pfg. „ „ „

Einzeleremplare per Brief 5 Pfg. und 10 Pfg. Porto.

Bestens empfohlen!

Volksbuchhandlung Hottingen. Expedition des „Sozialdem.“

Verlag des „Sozialdemokrat“

In unserem Verlage ist erschienen und durch uns sowie durch die Volksbuchhandlung in Hottingen zu beziehen:

Programmbroschüre

(Was die Sozialdemokraten sind u. was sie wollen.)

1 Bogen 8° Loch.

Preis per Einzeleremplar: 10 Cts. für die Schweiz

10 Pfg. „ Deutschland

gegen Baarvorauszahlung unter Beilage des Porto.

Bei größeren Partien entsprechender Rabatt.)

Ferner:

Das Parteiprogramm.

(In Einzelabzug — neueste Auflage.)

Preis per Exemplar: 1 Cent. für die Schweiz

1 Pfg. „ Deutschland.

Das Porto ist der Baarvorauszahlung beizufügen.

Ferner empfehlen wir unser reichhaltiges Lager in unterhaltenden und belehrenden Schriften.

Kataloge werden gratis versandt.

London Comm. Arbeiter-Bildungs-Verein

49 Tottenham Street, Tottenham Court Road.

Die Wirthschaft des Vereins ist geöffnet von Morgens 9 bis Nachts 12 Uhr. Wir ersuchen die reisenden Genossen auf unsere Adresse zu achten.

Der Vorstand.

Zur Beachtung!

New-York Arbeiter-Fortbildungsverein

Derselbe versammelt sich jeden Montag

in Jean Gross's Hamburger Hall 176 Ost 3. Street.

1.00 (11) Der Vorstand.

Schweizerische Genossenschaftsbuchdruckerei Hottingen-Zürich.